

Cardiff: City of Sanctuary – auch für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität?

Zach Bastick und Marie Mallet-Garcia

Aus dem Englischen von Karl Heyer

1. Einleitung

Cardiff ist eine Hafenstadt mit langer Migrationsgeschichte und eine der ältesten und ethnisch vielfältigsten Städte des Vereinigten Königreichs. Als Hauptstadt von Wales, einer der Nationen des Vereinigten Königreichs, unterliegt die Stadt aufgrund der seit Ende der 1990er Jahre voranschreitenden Übertragung legislativer Funktionen an regionale Körperschaften, im Englischen als *Devolution* bezeichnet, sowohl der walisischen als auch Teilen der britischen Gesetzgebung (Jeffery 2010; Williams/Eirug 2022). Der Rechtsbereich Einwanderung wurde nicht an Wales übertragen. Dementsprechend sind die öffentlichen Einrichtungen in Wales, einschließlich derjenigen in Cardiff, an die Vorgaben der britischen Einwanderungspolitik gebunden. Diese ist Migrant:innen gegenüber deutlich abweisender eingestellt als die walisische Politik. Vor diesem Hintergrund eignet sich Cardiff besonders gut für eine einschlägige Fallstudie zur Inklusion von Migrant:innen.

Laut britischer Gesetzgebung unterliegen Migrant:innen eingeschränkten Leistungsansprüchen. Einige Kategorien von Migrant:innen, darunter Asylsuchende, irreguläre Migrant:innen und manche EU-Bürger:innen, haben keinen Anspruch auf öffentliche Mittel (*No Recourse to Public Funds*, kurz: NRPF). Die 1971 eingeführte NRPF-Regelung schränkt den Zugang zu einer Reihe von öffentlichen Mitteln (wie Sozialleistungen, Steuergutschriften, Sozialwohnungen und Obdachlosenhilfe) für Personen ein, die einer Einwanderungskontrolle unterliegen (Immigration Act 1971, c. 1). Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte hat das Vereinigte Königreich seine Einwanderungspolitik kontinuierlich verschärft (DeVerteuil 2017). Dieser Trend verstärkte sich nach 2010, als das Innenministerium eine Politik des „feindlichen Umfelds“ (*hostile environment*) einführte. Die *hostile environment*-Politik verschärfte auch die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen sowie von Leistungen, die nicht unter die NRPF-Regel fallen, einschließlich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung. Diese Einschränkungen erhöhen das Armutsrisiko für Migrant:innen, insbesondere für jene mit prekärem Aufenthaltsstatus.

In direktem Gegensatz zu diesen restriktiven migrationsbezogenen Diskursen und Maßnahmen erklärte sich Wales im Jahr 2019 zur weltweit ersten *Nation of Sanctuary* (Nation der Zuflucht) (Welsh Government 2019). Teil dieser Erklärung war auch ein umfassender Plan mit dem Titel „Nation of Sanctuary: Refugee and Asylum Seeker Plan“. Diesem liegen mehrere politische Positionen der walisischen Regierung zugrunde. Die Stadt Cardiff hatte sich bereits 2014 zur

City of Sanctuary (Stadt der Zuflucht) erklärt. Die Stadtverwaltung, das Cardiff Council, verfügt über eine Gleichstellungs- und Inklusionsstrategie, die auch Migrant:innen und Menschen in komplexen aufenthaltsrechtlichen Lagen berücksichtigt (Cardiff Council 2020).

Die Frage der Inklusion von Migrant:innen in Cardiff selbst wird jedoch nur teilweise vom nationalen und von diesem kommunalen Politikrahmen erfasst. Der *Nation of Sanctuary*-Plan der walisischen Regierung konzentriert sich auf Menschen mit Flüchtlingsstatus und Asylsuchende und lässt Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität, die nicht unter das Asylsystem fallen, größtenteils außer Acht. Außerdem muss sich Cardiff – ungeachtet seiner Bemühungen um Inklusion – aufgrund der *Devolution* in den schwierigen Gewässern einer dezentralisierten walisischen Gesetzgebungsagenda und der ausgrenzenden britischen Einwanderungspolitik inklusive der NRPF-Regelung bewegen. Dieser Beitrag untersucht Cardiffs kommunale Strategien zur Integration von Migrant:innen und stellt insbesondere die Frage, inwieweit dabei Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität in Cardiff einbezogen werden.¹

Dabei wird zunächst der besondere demografische und rechtliche Kontext von Wales mit Blick auf prekäre Migrant:innen dargestellt und die Pflichten und Befugnisse der Stadtverwaltung von Cardiff gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe beschrieben. Im Anschluss stellen wir unsere Ergebnisse hinsichtlich der Inklusion dieser Migrant:innen in unterschiedlichen Bereichen vor. Der Beitrag schließt mit einer Reihe von Überlegungen zur allgemeineren Bedeutung dieser Ergebnisse. Ausgehend von diesem spezifischen Fall einer *City of Sanctuary* – innerhalb einer *Nation of Sanctuary*, die ihrerseits in einem *hostile environment* existiert – beleuchten wir somit auch allgemeinere Dynamiken der multi-level Governance von Migration auf städtischer Ebene.

2. Aufenthaltsrechtlicher Prekarität in Wales

Die Zahl der irregulären Migrant:innen im Vereinigten Königreich wurde 2017 auf 674.000 geschätzt, wobei auch höhere Schätzungen existieren (Walsh/Sumption 2020). Ende 2016 gab es „142.496 Kinder unter 18 Jahren und 1.002.091 Erwachsene, die eine Aufenthaltsgenehmigung hatten“ (Pinter et al. 2020: 14), wobei der überwiegende Teil von ihnen kein Recht auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel haben dürfte. Die Gesamtzahl von Erwachsenen, die aufgrund ihres Aufenthaltstitels unter die NRPF-Regelung fallen, ist wahrscheinlich höher (Pinter et al. 2020). Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU im Jahr 2021 wuchs die Zahl der Migrant:innen ohne Zugang zu öffentlichen Mitteln um die Gruppe jener EU-Bürger:innen an, die keinen *settled status* (dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung) erhalten haben. Schätzungen zufolge lebten vor dem Brexit etwa 3,6 Millionen EWR-Bürger:innen im Vereinigten Königreich (Sumption/Walsh 2022). Viele der

¹ Für weiterführende Informationen zur Inklusion von Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität in Cardiff verweisen wir auf den Bericht der Stadt Cardiff und die deutsche Übersetzung der Zusammenfassung (Mallet-Garcia et al. 2022a and 2022b).

im Vereinigten Königreich verbliebenen Personen dürften nun unter die NRPF-Regelung fallen.

Cardiff hat mit rund 16,5 % der Bevölkerung in Wales den höchsten Anteil an nicht im Vereinigten Königreich geborenen Einwohner:innen (Welsh Government 2022a). Im Rahmen des britischen Asylsystems ist Cardiff eines der vier Gebiete in Wales, in denen Asylsuchende untergebracht werden. Im Jahr 2020 nahmen diese vier Gebiete zusammen 3.219 Asylsuchende auf (Home Office 2022a). Mit Stand Dezember 2021 gewährte das Innenministerium 1.351 Migrant:innen, die auf eine Asylentscheidung warteten oder Ansprüche auf Basis der Menschenrechte geltend machten, eine Unterkunft und begrenzte finanzielle Unterstützung im Rahmen der sogenannten *Section 95-Unterstützung* (Home Office 2022b). Als Migrant:innen mit Ansprüchen auf Basis der Menschenrechte gelten diejenigen, die das Recht auf Verbleib im Vereinigten Königreich gemäß den Bestimmungen zum Familien- und Privatleben nach Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention beantragen. Das *Welsh Refugee Council* ging 2019 davon aus, dass jährlich mehrere hundert Asylsuchende in Wales mittellos werden. Schätzungen zufolge suchten im Jahr 2018 rund 7.350 Asylsuchende in Wales Beratung oder Unterstützung im ehrenamtlichen Sektor. Davon waren 5.300 mittellos (Petch/Stirling 2020: 8f.). Basierend auf unseren Interviews gehen wir jedoch davon aus, dass Cardiff eine wichtige Drehscheibe für prekäre Migrant:innen mit den verschiedensten Status ist. Dies liegt unter anderem daran, dass Cardiff neben einem Gebiet für die Unterbringung von Asylsuchenden auch eine kosmopolitische Stadt sowie die größte Stadt in Wales ist.

3. Devolution und gesetzgeberische Verantwortung

Der Zugang zu Leistungen für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität und ihre Lebenssituation in Wales werden aufgrund der *Devolution* durch gesetzliche Regelungen auf verschiedenen politischen Ebenen beeinflusst. Das walisische Parlament (*Senedd Cymru*) ist unter anderem für die Gesetzgebung in den Bereichen Bildung, Wohnungs- und Sozialwesen sowie für die Gesundheitsversorgung zuständig. Das öffentliche walisische Gesundheitssystem, *NHS Wales*, bildet eine separate organisatorische Einheit unabhängig von den anderen nationalen Healthcare-Systemen (NHS) im Vereinigten Königreich und untersteht dem Ministerium für Gesundheit und soziale Leistungen der walisischen Regierung. Für bestimmte Kategorien von Migrant:innen ist der Anspruch auf manche Leistungen, die eigentlich in den Zuständigkeitsbereich der walisischen Regierung fallen würden, aufgrund der britischen Einwanderungsbestimmungen eingeschränkt. Das Innenministerium des Vereinigten Königreichs gewährt manchen Migrant:innen je nach Status Unterstützung. Anders als in Deutschland und Österreich haben beispielsweise Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber:innen, die mittellos sind oder mittellos zu werden drohen, nur unter bestimmten Bedingungen (s.u.) Anspruch auf Unterstützung durch das Innenministerium (*Immigration and Asylum Act 1999: Sections 4 and 95*). Davon abgesehen beschränkt die Einwanderungspolitik des Vereinigten Königreichs die Bereitstellung von vielen Unterstützungsleistungen durch öffentliche Einrichtungen für Personen unter der NRPF-Regelung, worunter auch Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber:innen fallen.

Da die Leistungsansprüche von Migrant:innen in Wales durch britisches Einwanderungsrecht und -politik beschränkt werden, sind die Prozesse, Vorschriften und die Verwaltungsstrukturen zur Inklusion von Migrant:innen in Wales, das in anderen Politikbereichen eine autonome Gesetzgebung hat, besonders kompliziert. Angesichts dieses komplexen Umfelds wurde die *Welsh Strategic Migration Partnership* ins Leben gerufen, um die Koordination zwischen dem britischen Innenministerium, der walisischen Regierung, den walisischen Kommunalbehörden und dem ehrenamtlichen Sektor zu erleichtern. Im Rahmen unserer Untersuchung stellte sich auch heraus, dass sowohl bei NGOs als auch bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung große Verwirrung darüber herrscht, welche Politikbereiche hinsichtlich der Leistungsansprüche von Migrant:innen dezentralisiert, also *devolved* sind, und dass sie mit den einschlägigen Bestimmungen der walisischen Gesetzgebung nicht vertraut sind.

Die walisische Regierung hat erklärt, dass sie Wales zu einem inklusiven Land machen will (Welsh Government 2019). In Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, öffentlichen Einrichtungen und NGOs verfügt sie seit vielen Jahren über eine Strategie für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt, finanziert regionale Koordinierungsteams und hat eine Reihe praktischer Schritte unternommen, um Ungleichheiten zu beseitigen und die Beziehungen zwischen verschiedenen Communities zu fördern. Die walisische Regierung muss zwar den Einwanderungsbestimmungen und -politiken des Vereinigten Königreichs Folge leisten, hat aber auch ihre Ablehnung diesen gegenüber zum Ausdruck gebracht. So kritisierte die walisische Regierung kürzlich das britische Innenministerium für die Unterbringung von Asylsuchenden in einer ehemaligen Kaserne unter mangelhaften Bedingungen und bemühte sich darum, die Eröffnung der zur Asylunterkunft umgewidmeten Kaserne zu verzögern. Das Innenministerium hielt jedoch dagegen (Clements 2020).

4. Verantwortlichkeiten der lokalen Behörden gegenüber Migrant:innen

Ein Großteil der Zuständigkeiten der walisischen Kommunalbehörden im Bereich der Sozialfürsorge ist im *Social Services and Well-being (Wales) Act 2014* festgelegt. Dieser ersetzt viele Bereiche der britischen Sozialgesetzgebung, darunter auch Teile des *Children Act 1989*. Im Gegensatz zu den Bereichen Einwanderung und Sozialleistungen wurden legislative Kompetenzen im Feld der Sozialfürsorge infolge der *Devolution* an regionale Körperschaften übertragen, so dass einige Leistungen anders geregelt werden können, solange sie nicht im Widerspruch mit der britischen NRPF-Regelung stehen (Price 2016: 4). Mit dem Gesetz von 2014 wurde ein Rahmen geschaffen, der für ganz Wales einen einheitlichen Ansatz hinsichtlich der Anspruchsberechtigung gewährleistet und das Wohlergehen von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf fördert (Welsh Government 2021b). Für Erwachsene sieht das Gesetz vor, dass die Kommunalbehörden Vorsorgeleistungen in ihren jeweiligen Fachbereichen erbringen müssen, die Entwicklung von Angeboten von NGOs fördern und Einzelpersonen über die für sie nutzbaren Unterstützungsangebote informieren. Weiter legt das Gesetz fest, dass die lokalen Behörden eine Schutzverpflichtung haben, einschließlich derjenigen, die ansonsten keinen Anspruch auf Unterstützung haben, sowie dass im Falle des Verdachts auf

Missbrauch oder Vernachlässigung eines pflege- oder unterstützungsbedürftigen Erwachsenen Nachforschungen angestellt werden müssen.

Das Gesetz legt jedoch auch Gründe fest, aufgrund derer Migrant:innen von Betreuung und Unterstützung ausgeschlossen werden können (Section 46). Erwachsene unter der NRPF-Regelung, die Unterstützung durch die Kommunalbehörde beantragen, sind u.U. nicht förderfähig (*Schedule 3 Nationality, Immigration and Asylum Act 2002*). In solchen Fällen ist von der Kommunalbehörde eine Menschenrechtsprüfung vorzunehmen, um festzustellen, ob die Erbringung von Leistungen nach dem Gesetz von 2014 (Section 35) erforderlich ist, um eine Verletzung der Rechte der betreffenden Person gemäß internationalen Verträgen zu verhindern. Das Gesetz (Section 34) legt fest, welche Arten von Unterstützung durch lokale Behörden erbracht werden können. Für Personen, die davon ausgeschlossen sind, können NGOs einspringen.

Nach dem *Children Act 1989* und dem *Social Services and Well-being (Wales) Act 2014* haben Kinder unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Anspruch auf sämtliche gesetzlich verfügbaren Unterstützungsleistungen. Lokale Behörden haben umfassende und flexible Befugnisse, um auf die besonderen Bedürfnisse und Umstände von Kindern einzugehen (Welsh Government 2022: 10). Darüber hinaus können Kinder, die als „bedürftig“ eingestuft werden, Wohnraum und begrenzte finanzielle Unterstützung durch die lokalen Behörden erhalten (*Children Act 1989*: Section 17). Damit die Kinder versorgt sind, kann diese Unterstützung auf ihre Eltern ausgeweitet werden. Nach dem Gesetz von 2014 (Section 107) sind die Kommunalverwaltungen außerdem verpflichtet, für junge *Care Leaver* – Jugendliche, die die Volljährigkeit erreichen und aus stationären Einrichtungen der Jugendhilfe kommend den Weg in die Selbständigkeit beschreiten müssen – einen Plan für den weiteren Lebensweg zu erstellen. Sie müssen den Jugendlichen eine individuelle Ansprechperson zur Verfügung stellen und Beratung und Unterstützung hinsichtlich Unterkunft, Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit anbieten. Mit Vollendung des 18. Lebensjahres sind diese jungen Menschen jedoch in der Regel aufgrund des *Schedule 3 NIAA 2002* von den Leistungen für *Care Leavers* ausgeschlossen. In solchen Fällen sind die Kommunalbehörden verpflichtet zu prüfen, ob die Erbringung von Leistungen für Abgänger von Jugendbetreuungseinrichtungen notwendig ist, um einen Verstoß gegen ihre Rechte gemäß internationalen Verträgen zu verhindern (Price 2016: 6). Gleichzeitig legt der *Education Act 1996* in Kombination mit anderen Rechtsvorschriften und Policies fest, dass alle Kinder im Vereinigten Königreich das Recht auf Zugang zu Bildung haben. Wales hat mit der *Rights of Children and Young Persons (Wales) Measure 2011* das allgemeine Schulrecht auch in seine Gesetzgebung aufgenommen.

5. Cardiffs Ansatz gegenüber Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität

Der Stadtrat von Cardiff ist eine Einheitsverwaltung. Seit 2012 ist die Labour Party regierende Partei. Auch bei der letzten Wahl im Jahr 2022 errang sie eine deutliche Mehrheit. Die Stadtverwaltung umfasst sieben Abteilungen, von denen vier hier von Bedeutung sind: Dienste für Kinder; Erwachsene, Wohnen und Gemeinschaften; Menschen und Communities – zu

dieser Abteilung gehört auch das *Cohesion and Community Engagement Team*, das zu dieser Forschung beigetragen hat; sowie Bildung und lebenslanges Lernen (Cardiff Council 2022).

Cardiff wurde 2014 offiziell als *City of Sanctuary* anerkannt. Als „Stadt, die die Bedeutung von Zuflucht anerkennt und alle willkommen heißt, die sie brauchen“ (Cardiff City of Sanctuary 2023), war sie damit die siebte britische Stadt, die diese Auszeichnung erhielt. Der Stadtrat von Cardiff bekennt sich klar zum Abbau von Ungleichheit und zur Stärkung der Inklusion in der Stadt. Im Jahr 2020 veröffentlichte der Stadtrat eine auf vier Jahre angelegte Strategie für Gleichstellung und Inklusion. Damit soll sichergestellt werden, dass Cardiff fair, inklusiv und sicher für alle Einwohner:innen der Stadt ist, indem diese Ziele in den gesetzlichen und nicht-gesetzlichen Leistungen der Stadtverwaltung verankert werden.

Cardiff beteiligt sich auch an Netzwerken und Projekten mit anderen Kommunen. Die Stadt war eine der Gründungsstädte des Programms *UK Inclusive Cities*. Die teilnehmenden Städte verpflichten sich, mittels eines Aktionsplans ihren Ansatz bei Unterstützung und Aufnahme von Neuankömmlingen in ihrer Stadt schrittweise zu verbessern. Die Stadtverwaltung von Cardiff erhielt außerdem Mittel der walisischen Regierung und der *Welsh Local Government Association*, um gemeinsam mit der Verwaltung von Newport ein 18-monatiges Entwicklungsprojekt zum Aufbau regionaler Kapazitäten und Fachkenntnisse bezüglich unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender durchzuführen. Die im Rahmen dieses Projekts identifizierten Bedarfe in den Bereichen Verwaltung, Datenerfassung und Schulung können auch für künftige Arbeiten zu Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität von Nutzen sein.

Konkret verpflichtet der *Social Services and Well-being (Wales) Act 2014* (Section 14) jede lokale Behörde dazu, eine Bedarfsanalyse der Bevölkerung durchzuführen. Die jüngste Untersuchung für Cardiff wurde im April 2022 von der *Cardiff & Vale Integrated Health & Social Care Partnership* veröffentlicht. Bezeichnenderweise beziehen sich ihre Analyse und Empfehlungen nicht nur auf Asylsuchende und Geflüchtete, sondern auch auf irreguläre Migrant:innen. Unter anderem umfassen die Empfehlungen die Notwendigkeit von Schulungen und laufender Unterstützung für Fachkräfte, die mit irregulären Migrant:innen arbeiten, um die Qualität der erbrachten Leistungen zu verbessern. Weiter umfassen sie die Entwicklung von Ansätzen, um Hindernisse beim Zugang zu medizinischer Grundversorgung für diese Personengruppe zu überwinden. Es wird erwartet, dass diese von der örtlichen Gesundheitsbehörde und dem *Welsh Ambulance Services NHS Trust* in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat von Cardiff und Vertreter:innen des dritten Sektors angegangen werden (Cardiff & Vale Regional Partnership Board 2022).

6. Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung in Wales wird durch den *National Health Service (NHS)* erbracht. Die Verwaltung erfolgt durch *NHS Trusts* (die für ganz Wales zuständig sind) und *Local Health Boards* (welche für die öffentliche Gesundheit auf lokaler Ebene verantwortlich sind). Der Stadtrat von Cardiff ist für den Schutz der öffentlichen Gesundheit auf seinem Gebiet zuständig, erbringt jedoch keine Leistungen der Gesundheitsversorgung. Seine Aufgabe ist es, den örtlichen Bedarf an Pflege und Unterstützung zu ermitteln, festzustellen, inwieweit dieser

ungedeckt ist, und die Bandbreite und den Umfang der Leistungen zu bestimmen, die zur Deckung dieses Bedarfs erforderlich sind. Dies umfasst gemäß *Social Services and Well-being (Wales) Act 2014 (sections 14,15,17)* auch präventive Leistungen. Außerdem muss der Stadtrat die Bereitstellung von Informationen, Beratung und Unterstützung gewährleisten, während die lokalen Gesundheitsämter und NHS Trusts ihm Informationen über ihre eigenen Leistungen zur Verfügung stellen müssen. Die Einzelbefugnisse des Stadtrats selbst beziehen sich hauptsächlich auf die Eindämmung ansteckender Krankheiten, wie z.B. die Befugnis, den Zugang zu Gebäuden zu verwehren. Dies gilt allgemein und nicht speziell für Migrant:innen (*Health Protection (Part 2A Orders) Regulations 2010*).

Der NHS ist ein wohnsitzbasiertes Programm. Das bedeutet, dass Leistungen nach *National Health Service (Charges to Overseas Visitors) Regulations 1989* jenen Patient:innen in Rechnung gestellt werden können, die keinen „gewöhnlichen Aufenthalt“ im Vereinigten Königreich haben (und keinen regulären Aufenthaltsstatus besitzen). Die Behandlung von für die öffentliche Gesundheit wichtigen Krankheiten (z.B. COVID 19), die Behandlung in Kliniken für sexuell übertragbare Krankheiten, die Behandlung psychischer Erkrankungen aufgrund eines Gerichtsbeschlusses sowie Familienplanung ist jedoch kostenlos. Ebenfalls kostenfrei sind Behandlungen in der Notaufnahme, allerdings nur vor Ort. Eine stationäre Versorgung oder im Rahmen ambulanter Folgetermine ist kostenpflichtig (Welsh Government 2021a). Ausnahmen gelten jedoch für Opfer von Menschenhandel oder häuslicher Gewalt.

Personen ohne „gewöhnlichen Aufenthalt“ können in der Primärversorgung bis zu 14 Tage lang kostenlos behandelt werden, wenn dies „unmittelbar erforderlich“ ist. Unmittelbar notwendige Behandlungen sind in der Sekundärversorgung kostenpflichtig, können aber nicht wegen fehlender Mittel verweigert werden. Unmittelbar notwendige Behandlungen sind definiert als „grundlegende Behandlungen, die nicht in zumutbarer Weise aufgeschoben werden können, bis der:die Patient:in in sein:ihr Heimatland zurückkehrt“ (Welsh Government 2021a). Für „dringende Behandlungen“ (d.h. Behandlungen, die nicht „sofort notwendig“ sind, aber nicht warten können, bis die Person das Vereinigte Königreich verlässt) müssen Personen ohne „gewöhnlichen Aufenthalt“ vor der Behandlung den vollen Betrag bezahlen. Die walisische Regierung erklärte jedoch, dass die NHS Trusts zwar „die Pflicht haben, Gebühren einzutreiben, [...] sie dabei aber nicht über ein angemessenes Maß hinausgehen sollten. Trusts haben die Möglichkeit, Schulden abzuschreiben, wenn es sich als unmöglich oder aussichtslos erweist, sie einzutreiben, beispielsweise wenn die betreffende Person bekanntermaßen mittellos ist“ (Welsh Government 2021a).

Migrant:innen mit prekärem Status verfügen oft nicht über die für die Gesundheitsversorgung erforderlichen finanziellen Mittel und können somit Behandlungen gegebenenfalls nicht in Anspruch nehmen. Darüber hinaus können künftige Aufenthaltsverlängerungen abgelehnt werden, wenn die antragstellende Person ausstehende NHS-Schulden in Höhe von über 1.000 £ hat, in einigen Fällen sogar schon ab einer Höhe von 500 £ (Home Office 2022c). Irreguläre Migrant:innen und EU-Bürger:innen ohne Niederlassungsstatus sind zahlungspflichtig, wobei

im letzteren Fall auf Gegenseitigkeit beruhende nationale Abkommen bestehen.² Dessen ungeachtet ist es in Wales unzulässig, Migrant:innen, die ihren Aufenthaltsstatus verlieren oder bei denen später festgestellt wird, dass sie die Gesundheitsversorgung als irreguläre Migrant:innen in Anspruch genommen haben, die Kosten für frühere Behandlungen in Rechnung zu stellen, wenn sie länger als ein Jahr im Vereinigten Königreich gelebt haben (Welsh Government 2009).

In Cardiff haben Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität sowie Asylsuchende und andere vulnerable Personen Anspruch auf öffentliche Gesundheitsuntersuchungen und medizinische Unterstützung durch den *Cardiff and Vale Health Inclusion Service (CAVHIS)*. CAVHIS bietet Zugang zu Ärzt:innen und Hebammen, die in der Behandlung von Personen mit Migrationserfahrung, sowie von Frauen, die weiblicher Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation*, kurz: FGM) ausgesetzt waren, geschult sind. Er stellt eine erste Anlaufstelle dar, wenn Migrant:innen keinen Zugang zu den regulären NHS-Leistungen haben, und kann sie an reguläre NHS-Leistungen, NGOs und Abteilungen der Stadtverwaltung von Cardiff weitervermitteln.

Prekäre Migrant:innen können aus verschiedenen Gründen davor zögern, reguläre NHS-Leistungen in Anspruch zu nehmen. Obwohl der Zugang zu den Leistungen des NHS hauptsächlich über den:die Hausärzt:in erfolgt, wurde uns in Interviews berichtet, dass einige Hausärzt:innen – auch wenn dies illegal ist – sich weigern, Migrant:innen als Patient:innen anzunehmen, die keinen Adressnachweis erbringen können (C19, C22). Auch aus Kostengründen oder wegen möglicher negativer Auswirkungen auf einen zukünftigen Einwanderungsantrag scheuen sich manche Migrant:innen, medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen. Insbesondere irreguläre Migrant:innen befürchten, dass sie durch die Inanspruchnahme von Leistungen „auf dem Radar“ der Behörden erscheinen könnten.

Auch Kommunikationsbarrieren können Migrant:innen abschrecken oder vom Zugang zu Leistungen abhalten. Trotz der Empfehlung der walisischen Regierung, dass medizinisches Personal bei Bedarf akkreditierte Dolmetscher:innen einsetzen soll, werden professionelle Dolmetscher:innen nicht routinemäßig eingesetzt (Welsh Government 2018: 32f). Mitunter überschätzen Mitarbeiter:innen des NHS die Englischkenntnisse eines:r Patienten:in. In anderen Fällen verlässt sich das medizinische Personal auf Familienmitglieder als Übersetzer:innen. Dies kann dazu führen, dass Patient:innen oder Übersetzer:innen Informationen zurückhalten. Wenn Dolmetscher:innen eingesetzt werden, bestehen seitens des medizinischen Personals manchmal Bedenken. Insbesondere Frauen zögern unter Umständen, Informationen mit männlichen Dolmetschern zu teilen (Welsh Government 2018: 33). Wie eine Interviewpartnerin anmerkte, stellen diese Kommunikationsbarrieren die Qualität der von den Patient:innen erteilten Zustimmung zur Behandlung in Frage (C19). Umgekehrt werden einige Leistungen Migrant:innen, die der englischen Sprache nicht ausreichend mächtig sind,

² EU-Bürger:innen ohne permanenten Aufenthaltsstatus können in einigen Fällen im Rahmen von Gegenseitigkeitsvereinbarungen Zugang zur NHS-Versorgung im Vereinigten Königreich erhalten, z.B. durch ein S1-Formular (wenn sie in einem EU-Land versichert sind), ein S2-Formular (Genehmigung für eine geplante medizinische Behandlung) oder eine Europäische Krankenversicherungskarte (EHIC).

nicht angeboten, weil man befürchtet, dass ihre Zustimmung nicht ordnungsgemäß eingeholt werden kann.

Insbesondere weibliche Migrant:innen mit prekärem Status sind spezifischen Gefahren wie häuslicher Gewalt, weiblicher Genitalverstümmelung (FGM), Menschenhandel, sozialer Stigmatisierung und Gewalt im Namen der Ehre ausgesetzt. Der *Violence against Women, Domestic Abuse and Sexual Violence (Wales) Act 2015* bietet einen rechtlichen Rahmen für den Schutz vulnerabler Frauen. Es gibt ein ausgeprägtes sektorübergreifendes Bewusstsein bezüglich FGM. Gesundheitsversorgung, Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen sind verpflichtet, zu melden, wenn sie von FGM erfahren oder Anzeichen von FGM an einem Kind beobachten (Serious Crime Act 2015). Eine Erkenntnis aus unserer Studie ist, dass Frauen, die FGM ausgesetzt waren, sich nicht immer als Opfer sehen und sich gegen eine Einstufung als Opfer verwehren können (C22). CAVHIS beschäftigt eine auf FGM spezialisierte Hebamme und bietet einstündige Termine an, die damit länger dauern, als im NHS üblich. Diese Termine stehen schwangeren Migrant:innen unabhängig vom Status zur Verfügung. Trotzdem bestehen Hürden: So berichtete eine Interviewpartnerin von dem Fall einer schwangeren irregulären Migrantin, die während der Wehen mit Präeklampsie ins Krankenhaus kam. Aus Angst, aus dem Vereinigten Königreich abgeschoben zu werden, hatte sie keine pränatale Versorgung in Anspruch genommen, was zum Tod ihres Kindes beitrug (C22). Die Mutter wurde später als ausländische Besucherin zur Kasse gebeten, erhielt aber privat finanzielle Unterstützung von einer Glaubensgemeinschaft.

Das Fehlen einer Kinderbetreuung kann die Teilnahme an Terminen erschweren. In manchen Fällen verweist CAVHIS Frauen, die sich in der Frühschwangerschaft befinden, an die örtlichen Behörden, damit die zuständige Sozialeinrichtung den Kontakt zu einer Familie herstellt, die ein älteres Geschwisterkind aufnehmen kann, während die Mutter gebärt. Eine Interviewpartnerin aus dem NHS merkte an, dass Vertrauen aufgebaut werden muss, um die Befürchtung zu zerstreuen, dass die Mütter dauerhaft von ihrem Kind getrennt würden (C22). In der Tat zögern einige Mütter, Leistungen in Anspruch zu nehmen, weil sie eine Trennung von ihren Kindern befürchten.

Unsere Studie hat gezeigt, dass es im NHS an Bewusstsein für die Situation von Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität mangelt und dass dies bei den Mitarbeiter:innen zu Fehlinterpretationen führt; z.B. „Frauen, die Schwierigkeiten haben, zu Terminen zu gehen, haben auch kein Interesse daran“ (C22). Das Bewusstsein für die Bedürfnisse von Migrant:innen, insbesondere weiblichen, wird im Allgemeinen eher am Arbeitsplatz als durch Schulungen erworben. Eine Interviewpartnerin betonte, dass es den Mitarbeiter:innen des NHS an Kapazitäten für die Behandlung komplexer Traumata fehle und dass Traumata bei schwangeren Frauen erst nach der Entbindung behandelt werden, was die Qualität der Leistungen einschränke (C22). Dies passt zu der allgemeineren Feststellung, dass es an institutionellem Fachwissen fehlt, welches speziell auf Migrant:innen zugeschnitten ist. Das Personal lernt „on the job“.

Eine interviewte NHS-Mitarbeiterin merkte an, dass einige engagierte Mitarbeiter:innen Migrant:innen manchmal persönlich zu Terminen bringen, Taxifahrten für entlassene

Migrant:innen bezahlen oder schwangere Frauen an NGOs verweisen, die sie unterstützen und vor den Behörden „verstecken“, bis sie in der 34. Woche schwanger sind und damit nicht mehr aus dem Vereinigten Königreich abgeschoben werden können (C22). Spezialisierte Mitarbeiter:innen des NHS und CAVHIS pflegen persönlich Beziehungen zu NGOs, die Migrant:innen mit prekärem Status unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel die *Cwtch Baby Bank* (die mittellosen Müttern Baby-Pakete zur Verfügung stellt) und *Bawso* (die Opfer von häuslicher Gewalt und FGM unterstützt). Ein weiteres Beispiel ist das *Birth Partner Project*, das Migrant:innen Doulas zur Seite stellt, d.h. nicht-medizinische Fachkräfte, die sie während der Geburt unterstützen.

Entscheidend ist, dass der Zugang zu den Leistungen des NHS durch NGOs erheblich erleichtert wird. So arbeitet beispielsweise das Britische Rote Kreuz mit CAVHIS zusammen, um *social prescribing* – sogenannte „Sozialrezepte“ – auszustellen und damit den Weg zu NHS-Leistungen zu ebnen. Mit dem Begriff *social prescribing* wird die Praxis bezeichnet, Patient:innen an Initiativen zu verweisen, die nicht-medizinische, gemeinschaftsbasierte Aktivitäten oder Unterstützung anbieten (Drinkwater et al. 2019). NGOs stellen auch logistische Infrastruktur zur Verfügung, damit Migrant:innen ihre Termine wahrnehmen können. Diese NGOs, die durch private Spenden und die walisische Regierung finanziert werden, helfen Migrant:innen dabei, Telefonate mit dem NHS zu führen oder die übermittelten Informationen zu verstehen. NGOs haben in der Vergangenheit auch Mobiltelefone zur Verfügung gestellt, damit Migrant:innen eigenständig in Verbindung mit den Gesundheitsorganisationen bleiben können. Zudem ermöglichen sie es, auf die Communities zuzugehen. So richtete beispielsweise das *Trinity Centre* (in Zusammenarbeit mit dem Britischen Roten Kreuz und dem *Welsh Refugee Council*) eine Anlaufstelle ein, die vor der COVID-19 Pandemie einmal pro Woche für vulnerable Menschen einschließlich prekärer Migrant:innen zugänglich war. Zwar gibt es Rahmen und formelle Partnerschaften, in der Praxis entstehen die Beziehungen zwischen dem NHS und NGOs aber oft organisch. Somit beruhen wichtige Verbindungen zwischen dem NHS und NGOs größtenteils auf den Beziehungen, die einzelne Mitarbeiter:innen untereinander geknüpft haben, und nicht auf institutionellen Vereinbarungen.

7. Unterbringung

Es ist eine politische Priorität der walisischen Regierung, Obdachlosigkeit zu beenden (Welsh Government 2021c). Der *Nation of Sanctuary Plan* der walisischen Regierung umfasst Maßnahmen zur Unterbringung von Menschen, die in Wales Zuflucht suchen. Dazu gehört beispielsweise die Zusammenarbeit mit privaten Vermieter:innen, um Aufmerksamkeit zu schaffen und Aufnahmeangebote zu erweitern (Welsh Government 2019). Nach dem *Housing (Wales) Act 2014 (Section 60)* sind die lokalen Behörden gesetzlich verpflichtet, allen obdachlosen Personen Informationen und Beratung zur Verfügung zu stellen, auch solchen, die keinen Anspruch auf Wohngeld haben (Petch/Stirling 2020: 63). Die walisische Regierung weist außerdem darauf hin, dass die Kommunalbehörden gemäß dem *Social Services and Well-being (Wales) Act 2014* gesetzlich verpflichtet sind, Haushalte mit Kindern, jugendliche Care Leavers und vulnerable Erwachsene in Not, auch unter der NRPf-Regelung zu unterstützen

(a.a.O.: 26). Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität haben, wenn sie mittellos sind, Anspruch auf Unterstützung aus dem *Discretionary Assistance Fund* der walisischen Regierung (a.a.O.: 68). Dies umfasst zum Beispiel Probleme mit der Beheizung für Bewohner:innen in unzureichend isolierten Unterkünften im Winter (a.a.O.: 13).

Die lokalen Behörden sehen in den walisischen gesetzlichen Bestimmungen ihr „Mindestmaß“ an Leistungen verankert und sind bestrebt, diese möglichst menschenwürdig zu erbringen, auch wenn sie an britisches Recht gebunden sind (C3, C6). So hat der Stadtrat von Cardiff in Ausnahmefällen Mittel für Notunterkünfte oder Hotels bereitgestellt, wenn sich prekäre Migrant:innen in Situationen besonderer Vulnerabilität befanden (z.B. während der Genesung nach einer Operation). Im Allgemeinen haben Migrant:innen unter der NRPF-Regelung jedoch keinen Anspruch auf Wohnraumversorgung, wie sie im Rahmen des *Housing (Wales) Act 2014* allgemein geregelt ist, und können keine Sozialwohnungen beziehen. Sie haben jedoch Anspruch auf Wohnungen, die von Verbänden oder im Privatsektor angeboten werden: Im Gegensatz zur *Right to Rent*-Politik in England müssen Vermieter:innen in Wales den Aufenthaltsstatus potenzieller Mieter:innen nicht überprüfen (*Right to Rent*, laut *Immigration Act 2014 (Section 22)*).³ Wenn der Stadtrat von Cardiff nicht imstande ist, selbst eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, verweist er Migrant:innen bisweilen an NGOs, die ihnen gegebenenfalls helfen können.

In Cardiff gibt es mehrere NGOs, die Unterkünfte für Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität zur Verfügung stellen. Die *Destitution Clinic* wird in Zusammenarbeit mit dem Britischen Roten Kreuz, dem *Walisischen Flüchtlingsrat*, *Home4U* (einer NGO, die alleinstehende männliche abgelehnte Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften unterbringt) und *ShareDYDD* (einem Unterbringungsprogramm für prekäre Migrant:innen) betrieben. Andere NGOs, wie z.B. *Oasis*, bieten Anlaufstellen und Beratungsdienste an (siehe den Beitrag von Eynon in diesem Band), während das *Huggard Centre* allen Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, eine vorübergehende Notunterkunft zur Verfügung stellt (C1). Laut den befragten NGO-Mitarbeiter:innen nimmt das *Huggard Centre* alle auf, die keine andere Unterkunftsmöglichkeit mehr haben (C20). Auch wenn Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität vor der COVID 19-Pandemie in der Regel keinen Anspruch auf eine vom Stadtrat finanzierte Notunterkunft hatten (selbst wenn diese von NGOs betrieben wurde), wurde ihnen gelegentlich für die Dauer der Klärung ihrer Rechte ein Notbett zur Verfügung gestellt. Außerdem bietet *Bawso* – eine NGO, die Angehörige ethnischer Communities (Black, Asian, and Minority Ethnic, kurz: BAME) sowie von Missbrauch, Gewalt und Ausbeutung Betroffene in Wales unterstützt – ebenfalls Notunterkünfte an (C18). Verschiedene Glaubensgemeinschaften wie das *Trinity Center* stellen Notunterkünfte oder praktische Unterstützung in Zusammenarbeit mit anderen NGOs zur Verfügung.

Dennoch ist es insbesondere für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität schwierig, eine Unterkunft in Cardiff zu finden. So besteht in Cardiff, wie auch in Wien und Frankfurt, ein

³ Die *Right to Rent*-Politik der britischen Regierung im Rahmen des Einwanderungsgesetzes von 2014 wurde von der Gleichstellungs- und Menschenrechtskommission im Jahr 2019 als unvereinbar mit den Menschenrechten und als Verstoß gegen das Gleichstellungsgesetz von 2010 eingestuft. Dieses Urteil hindert die britische Regierung daran, diese Regelung in Schottland und Wales einzuführen.

allgemeiner Mangel an Wohnraum, was für NGOs und die Stadtverwaltung Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Unterkünften mit sich bringt (C6). Darüber hinaus wiesen Mitarbeiter:innen des Stadtrats und von NGOs darauf hin, dass sie vom britischen Innenministerium keine Informationen erhalten, wenn Migrant:innen aus Asylunterkünften verwiesen werden. Dies erschwert sowohl die langfristige Planung als auch die Unterstützung von Personen, die kurzfristig eine Notunterkunft benötigen. Eine weitere Herausforderung ist mangelndes Vertrauen von prekären Migrant:innen gegenüber den lokalen Behörden. Dies kann dazu führen, dass Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität Leistungen der Kommunalbehörden nur zögerlich in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit mit externen Organisationen wie dem *Welsh Refugee Council* oder der *Heilsarmee* ist von entscheidender Bedeutung, um die Zurückhaltung von Migrant:innen gegenüber den Kommunalbehörden abzubauen.

Auch in Cardiff brachte die COVID 19-Pandemie erhebliche Änderungen in der Obdachlosenpolitik mit sich. So kündigte die walisische Regierung im März 2020 an, dass alle obdachlosen Personen – einschließlich Migrant:innen ohne Anspruch auf öffentliche Mittel – im Sinne eines „No-one left out“-Ansatzes untergebracht werden sollten (Fitzpatrick et al. 2021; James 2020). Ein Moratorium für Zwangsräumungen wurde erlassen. Die walisische Regierung unterstützte die Kommunalbehörden bei der Unterbringung von Obdachlosen und Personen in unzureichenden Wohnverhältnissen, einschließlich prekärer Migrant:innen. Sie investierte über 195 Millionen Pfund in die Unterstützung bezüglich Wohnraum und in Angebote zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und stellte den Kommunen Direktmittel für Wohnbauprogramme zur Verfügung. Sie führte ein Vermietungsprogramm für den Privatsektor ein, welches Eigentümer:innen dazu aufrief, ihre Immobilien an die Kommunen zu vermieten (Welsh Government 2022b). Seitdem hat die walisische Regierung eine Konsultation durchgeführt, um ihre Politik für die Zeit nach der Pandemie zu gestalten. Dabei hat sie Änderungen vorgeschlagen, um ihren Ansatz bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit weiterzuführen und die Kommunalbehörden aufgefordert, Pläne für eine langfristige Unterbringung von Menschen in Notunterkünften zu erstellen (ebd.).

In der Stadtverwaltung von Cardiff haben die zuständigen Abteilungen gemeinsam mit dem *Cohesion Team* nach Lösungen gesucht, um nach dem Ende der Pandemie weiterhin Unterkünfte bereitstellen zu können. Es besteht die Sorge, dass es bei diesem Ansatz zu einer Kehrtwende kommen könnte, da die walisische Regierung den Rechtsvorschriften des Innenministeriums folgen muss. Mehrere Interviewpartner:innen äußerten die Befürchtung einer Rückkehr zum „alten feindseligen Umfeld“, so dass viele Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität wieder obdachlos und die anhaltenden Vorteile der Unterbringungs politik während der COVID 19-Ära zunichte gemacht würden (C15, C16, C17).

8. Bildung

Da Bildung ein aufgrund der *Devolution* dezentralisierter Politikbereich ist, ist die walisische Regierung für die Bildungspolitik und -aufsicht zuständig. Dabei hebt sie die Notwendigkeit

hervor, Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen, Pflegekindern und Migrant:innen zusätzliche Unterstützung zukommen zu lassen. Im Jahr 2010 führte sie das Programm *Flying Start* ein, mit dem Kinder unter 4 Jahren in strukturschwachen Gebieten von Wales unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus unterstützt werden. Die Grundschulbildung ist für alle Kinder im Alter von 5 bis 16 Jahren obligatorisch und kostenlos (Evans 2022).

Die Kommunalbehörden sind nach dem Gesetz von 2014 gesetzlich verpflichtet, in ihrem Gebiet allen Kindern im schulpflichtigen Alter unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine angemessene Bildung zu bieten. Für die Bildung in Cardiff ist das Bildungsdezernat des Stadtrats zuständig. Dieses hat 2016 eine neue Vision für das Bildungsangebot vorgelegt, welches die Bedeutung der Chancengleichheit betont (Cardiff Council 2016). Darüber hinaus hat die *City of Sanctuary*-Bewegung mit Unterstützung des Stadtrats von Cardiff ein *School of Sanctuary*-Programm ins Leben gerufen, mit dem ein offenes und fürsorgliches Umfeld für Menschen geschaffen werden soll, die auf Unterstützung angewiesen sind. Cardiffs erste *School of Sanctuary*, die *Llanishen High School*, erhielt diesen Status im Jahr 2018 aufgrund ihrer beispielhaften Förderung der Willkommenskultur und Inklusion.

Seit September 2022 arbeitet die walisische Regierung mit den Kommunen zusammen, um kostenlose Schulmahlzeiten für manche Grundschüler:innen anbieten zu können. Es ist geplant, dass spätestens ab September 2024 alle Schüler:innen – einschließlich Kindern mit prekärem Status – kostenlose Mittagessen erhalten können (Welsh Government 2022c). Obwohl die Stadt nicht gesetzlich dazu verpflichtet ist, stellt sie Familien, die keinen Anspruch auf den *Pupil Development Grant* haben, Schuluniformen zur Verfügung und gewährt Kindern von Migrant:innen kostenlosen Transport, wenn sie dies für notwendig erachtet (*Education Act, 1996*).

Während der Pandemie bemühten sich die Bildungsdienste in Cardiff, Familien unabhängig von ihrem Status zu unterstützen (C8). Die Schulen konnten so Probleme wie Mangelernährung und digitale Ausgrenzung angehen (C9, C10). Dafür verschickten sie Umfragen und nahmen Hausbesuche vor, um sicherzustellen, dass Familien im Zuge der Digitalisierung des Unterrichts nicht weiter ausgegrenzt werden und um individuelle Unterstützung zu leisten. Dies umfasste auch die Verteilung von IT-Paketen. Mit der Rückkehr zum Präsenzunterricht wurde diese Form der Unterstützung jedoch wieder beendet. Die digitale Benachteiligung einiger Familien bleibt also weiter bestehen.

Trotz allgemeiner Ermutigung zu weiterführender Bildung durch die walisische Regierung sind Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität weitgehend davon ausgeschlossen (C8). Ausnahmen bestehen für kostenlose Kurse für Grundfertigkeiten (z.B. Lesen, Schreiben, Rechnen oder Englisch als Fremdsprache (ESOL)). Auch wenn sie in der Regel keinen Anspruch auf Förderungen wie etwa durch den *Welsh Government Learning Grant Further Education* haben, können Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität von Sonderfonds wie dem *Financial Contingency Fund* unterstützt werden. In einigen Fällen hat Cardiff auch abgelehnten Asylsuchenden, die alle Rechtsmittel ausgeschöpft haben, finanzielle

Unterstützung für den Besuch einer Universität gewährt. Generell lässt sich festhalten, dass junge Care Leavers, die das Betreuungssystem verlassen, eine besonders vulnerable und gerade in Bezug auf Ausbildung schwer zu unterstützende Gruppe sind (C13, C14).

9. Rechtsberatung

Wie oben dargestellt, sind Migrant:innen von zahlreichen, komplexen und sich ständig weiterentwickelnden Rechtsbereichen betroffen. Die *Devolution* von Teilen der Gesetzgebung, die teils Wales, bezüglich Einwanderung und Aufenthalt jedoch dem Vereinigten Königreich unterliegt, führt zu einer besonderen juristischen Komplexität. Das macht es für Betroffene, aber auch für Mitarbeiter:innen von NGOs und lokalen Behörden schwer, Rechte und Leistungsansprüche zu verstehen und auf dem Laufenden zu bleiben. Ohne Rechtsberatung laufen Migrant:innen Gefahr, ihren Status zu verlieren, etwa wenn sie falsche Formulare ausfüllen oder Fristen für die Wiedereinreichung eines Antrags versäumen. Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität beziehen ihr Wissen oft aus unzuverlässigen Quellen, die Fehlinformationen von Schlepper:innen oder anderen Migrant:innen sowie aus digitalen Medien beinhalten können (Bastick/Mallet-Garcia 2022). In Abhängigkeitsverhältnissen zu Arbeitgeber:innen oder auch Ehepartner:innen können sie gezielten Desinformationen ausgesetzt sein. Teils sind sie sich ihrer Rechte nicht bewusst und es fällt ihnen schwer, Änderungen in der Einwanderungspolitik – und was das für sie bedeutet – zu verstehen. Wie uns Interviewpartner:innen berichteten, wussten einige EU-Bürger:innen nicht, dass sie sich für das EU-Niederlassungsprogramm bewerben müssen (C4, C11). Infolgedessen ist es für Migrant:innen oft von entscheidender Bedeutung, Zugang zu rechtlicher Unterstützung zu erhalten. In dieser Hinsicht ist die Situation in Cardiff signifikant anders als in Wien und Frankfurt.

Im Vereinigten Königreich unterliegt die Beratung in Einwanderungsangelegenheiten der Aufsicht durch das *Office of the Immigration Services Commissioner*. Anders als in Deutschland und Österreich ist es eine Straftat, unregulierte Rechtsberatung anzubieten. Daher herrscht in Wales ein akuter Mangel an zertifizierten Rechtsberater:innen. Wales gilt inzwischen als Wüste der Rechtsberatung, da es keine ehrenamtlichen Beratungsangebote geben darf, wie es sie etwa in Wien gibt. Interviewpartner:innen gaben an, dass dies zum Teil auf Reformen der Prozesskostenhilfe zurückzuführen ist, wodurch die Übernahme von Rechtsfällen von Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität weitgehend unrentabel geworden ist (C4, C11). Darüber hinaus werden Migrant:innen häufig von Anwält:innen abgewiesen, weil sie eine Bedürftigkeits- und Begründetheitsprüfung (*merit test*) bestehen müssen, um Prozesskostenhilfe zu erhalten. Infolgedessen müssen Migrant:innen oft mehrfach um Unterstützung ansuchen, bevor sie diese erhalten. Dies wiederum führt dazu, dass die Fristen für die Einreichung von Anträgen näher rücken und sie Gefahr laufen, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren. Gleichzeitig zögern viele Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität, sich an Rechtsexpert:innen zu wenden, beispielsweise weil sie befürchten, inhaftiert zu werden, wenn sie versuchen, einen regulären Status zu erlangen.

In Cardiff wird komplexe Rechtshilfe für Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität, die sich eine Bezahlung der Rechtsberatung nicht leisten können und auch keine Prozesskostenhilfe bekommen, aufgrund der strengen Zertifizierungsregelungen ausschließlich von einer einzigen NGO angeboten: *Asylum Justice*. Sie ist die einzige zertifizierte NGO in ganz Wales, die kostenlose Rechtsberatung im Bereich Einwanderung anbietet. Sie stellt auch den Großteil komplexer Rechtshilfe in diesem Bereich für andere NGOs und den Stadtrat. Daher ist sie stark überlastet und muss häufig Fälle ablehnen oder (nach Dringlichkeit) auf eine Warteliste setzen. Darüber hinaus ist *Asylum Justice* – wie viele NGOs – auf staatliche Förderungen mit begrenzter Laufzeit und auf private Spenden angewiesen, was die Möglichkeit langfristiger Planung einschränkt.

Innerhalb des Stadtrats mangelt es an juristischer Kompetenz. Angesichts der Komplexität des Einwanderungsrechts herrscht unter den Mitarbeiter:innen des Stadtrats Verwirrung über die Leistungsansprüche von Migrant:innen, auch auf Grund der *Devolution*. So berichtete eine in einer Kommunalbehörde arbeitende Interviewpartnerin, dass sie von einem Vorgesetzten zurechtgewiesen wurde, weil sie einer Person ohne Anspruch auf öffentliche Mittel Unterstützung gewährt hatte, obwohl dies nach walisischem Recht zulässig war.

Die COVID 19-Pandemie verlängerte die Bearbeitungszeiten im Innenministerium, wodurch die Phasen der Ungewissheit für viele Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität verlängert wurden. Die Pandemie hat jedoch auch dazu geführt, dass prekäre Migrant:innen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind und mehr Spenden an NGOs fließen, die unentgeltlich Rechtshilfe anbieten. Der Stadtrat von Cardiff verfügt zwar nur über begrenzte interne juristische Kapazitäten im Bereich der Einwanderung, versucht dies aber unter anderem durch den Ausbau der Beziehungen zu externen Jurist:innen, darunter auch *Asylum Justice*, zu ändern. In seinem Aktionsplan hat der Stadtrat festgehalten, dass die Rechtsberatung für Migrant:innen mit komplexen Einwanderungsfragen, die zu Notlagen beitragen oder diese verursachen, ausgebaut werden muss (Cardiff Council 2020: 43).

10. Fazit

In diesem Beitrag wurde untersucht, wie der Stadtrat von Cardiff Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität in kommunale Leistungen einbezieht und wie seine Beziehungen zu öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf die tatsächliche Bereitstellung von Leistungen gestaltet sind. Dabei stellten wir fest, dass der Stadtrat von Cardiff innerhalb eines besonders komplexen rechtlichen Rahmens agiert. Dies findet jedoch in einem günstigen walisischen legislativen und politischen Kontext statt, der den Weg für eine stärkere Inklusion von marginalisierten Migrant:innen im Rahmen einer Reihe von Reformen weist. Trotz der Bemühungen des Stadtrats von Cardiff um eine stärkere Inklusion und um die Öffnung des Zugangs zu grundlegenden sozialen Leistungen gibt es eine Reihe von Hürden, die Migrant:innen mit prekärem Status betreffen.

Die Komplexität der Rechtsvorschriften und die sich überschneidenden Zuständigkeiten der verschiedenen Verwaltungsebenen durch die *Devolution* haben zu Unklarheiten bezüglich der

Leistungsansprüche von Migrant:innen und der Zuständigkeiten des Stadtrats in verschiedenen Bereichen der Leistungserbringung geführt. Darüber hinaus fehlt es oft an einer Verständigung über die Politik des Stadtrats in Bezug auf Migrant:innen zwischen den (und manchmal auch innerhalb der) einzelnen Abteilungen. Dies kann zu einer uneinheitlichen Bereitstellung von Leistungen führen. Es mangelt an verlässlichen Daten über die Anzahl prekärer Migrant:innen in Cardiff, an erprobten und datenschutzrechtlich abgesicherten Abläufen zur Datenerfassung und -weitergabe innerhalb des Stadtrats sowie an Daten, die durch das Innenministerium erhoben und der Stadtverwaltung nicht zur Verfügung gestellt werden. Auch umfassendere strukturelle Probleme stellen den Stadtrat vor Herausforderungen. Hierzu gehören insbesondere der Mangel an Unterkünften, an juristischem Fachwissen und – in geringerem Maße – an sicheren geschlechtsspezifischen Dolmetschleistungen. Auch die Kosten für Anträge zur Verlängerung oder Anpassung des Aufenthaltsstatus tragen dazu bei, aufenthaltsrechtliche Prekarität zu verursachen und zu verlängern.

Auch in Cardiff haben wir festgestellt, dass NGOs beim Zugang zu Dienstleistungen eine zentrale Rolle spielen und anstelle der Stadtverwaltung Leistungen erbringen, wenn die Stadt rechtlich dazu nicht in der Lage ist. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil Menschen mit prekärem Status die gleichen Hürden beim Zugang zu Leistungen erfahren wie andere Migrant:innen auch, wobei einige zusätzlich befürchten, dass die Inanspruchnahme einer Leistung zu ihrer Abschiebung führen könnte. Wir haben jedoch beobachtet, dass das Wissen über Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität unter den Mitarbeiter:innen des Stadtrats und des NHS weitgehend von der Initiative einiger weniger sehr engagierter Mitarbeiter:innen abhängt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, dass öffentliche Einrichtungen formelle Schulungen anbieten, wie Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität zu unterstützen sind; und dass öffentliche Einrichtungen ihre Zusammenarbeit mit NGOs festigen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Kommunalbehörden und NGOs ist entscheidend für die Bewältigung vieler Herausforderungen, mit denen Migrant:innen konfrontiert sind.

In Cardiff sind vor allem Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus von Ausgrenzung bedroht. Cardiff und Wales haben starke Inklusionsstrategien und politische Rahmen für Asylsuchende, Geflüchtete und abgelehnte Asylbewerber:innen. Erheblich weniger Aufmerksamkeit wird jedoch Personen zuteil, die einen prekären Aufenthaltsstatus jenseits dieser Gruppen haben, insbesondere denjenigen, die unter die NRPF-Regelung fallen. Diese Personen werden so teilweise doppelt ausgegrenzt, denn selbst dort, wo nach walisischem Recht Leistungsansprüche bestehen, kann es aufgrund von Unklarheiten im Zusammenhang mit der *Devolution* dazu kommen, dass Gatekeeper:innen (von kommunalen und regionalen *Street-Level Bureaucrats*; ausführlicher dazu Kirchhoff und Homberger in diesem Band) den Zugang zu Leistungen blockieren. Um eine erfolgreiche Inklusion dieser Migrant:innen auf städtischer Ebene zu gewährleisten, sind mehr Kapazitäten für spezialisierte Rechtsberatung und Klarheit über die Leistungsansprüche der verschiedenen Kategorien von Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität hinsichtlich der verschiedenen Leistungen des Stadtrats erforderlich. Dies kann durch eine transparente Überprüfung und regelmäßige Aktualisierung der Bestimmungen erreicht werden.

Im Vergleich zu Wien und Frankfurt ist Cardiff eine kleine Kommune und wird nach britischem Recht durch die exkludierenden Rahmenbedingungen der nicht dezentralisierten Behörden eingeschränkt. Cardiff und die walisische Regierung generell haben jedoch mit dem Konzept der *City* bzw. *Nation of Sanctuary* einen explizit inklusiven narrativen und politischen Rahmen entwickelt. Die politische Ausrichtung des Stadtrats von Cardiff und der walisischen Regierung könnte Beseitigung von Unklarheiten in den Zuständigkeiten des Stadtrats von Cardiff und der walisischen Behörden in Bezug auf die Leistungsansprüche von prekären Migrant:innen, die aufgrund der NRPF-Regel keinen Zugang zu öffentlichen Mitteln haben, unterstützen. Die Schaffung von Klarheit, gerade im Hinblick auf die *Devolution*, ist also ein erster wichtiger Schritt bei der Entwicklung einer kommunalen Politik, die sich an Personen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität richtet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es trotz der positiven Absichten seitens der walisischen Regierung, des Stadtrats von Cardiff und der Träger von Gesundheitseinrichtungen sowie der Arbeit der NGOs weiterhin zahlreiche Inklusionsbarrieren gibt. Cardiff setzt sich für Chancengleichheit und Zusammenhalt ein und hat dafür Strategien und Ressourcen bereitgestellt. Die Stadt hat sich offen zu Asylsuchenden und Geflüchteten bekannt und arbeitet daran, ihnen die volle Teilhabe als Einwohner:innen der Stadt zu ermöglichen. In den Abteilungen der Stadt gibt es Mitarbeiter:innen, die sich für die Inklusion von Menschen in aufenthaltsrechtlicher Prekarität engagieren. Trotz der Beschränkungen durch britisches Recht bieten die gesetzlichen Bestimmungen beträchtliche Möglichkeiten, dies zu tun. Was Cardiff fehlt, ist ein abgestimmter, gemeinsamer Ansatz für die Gruppe der prekären Migrant:innen jenseits von Asylsuchenden und Geflüchteten: eine Vision für ihre Inklusion als Nachbar:innen und eine Strategie, diese Vision zu verwirklichen – unter Zuweisung von Verantwortlichkeiten und mit klaren Schritten zur Umsetzung. Eine solche Vision würde sich gut in das bestehende Konzept des Stadtrats einfügen, das Gleichheit und Inklusion sowie die Rolle als *City of Sanctuary* in den Vordergrund stellt.

Literaturverzeichnis

- Bastick, Zach/Mallet-Garcia, Marie (2022): Double lockdown: The effects of digital exclusion on undocumented immigrants during the COVID-19 pandemic. In: *New Media & Society* 24, 2, S. 365-383.
- Cardiff City of Sanctuary (2023): Cardiff City of Sanctuary Website.
<https://cardiff.cityofsanctuary.org/> [Zugriff: 22.1.2023].
- Cardiff Council (2016): 2020: A renewed vision for education and learning in Cardiff.
<https://www.cardiff.gov.uk/ENG/resident/Schools-and-learning/Documents/Cardiff%202020.pdf> [Zugriff: 22.1.2023].
- Cardiff Council (2020): Equality & Inclusion Strategy 2020 - 2024.
<https://www.cardiff.gov.uk/ENG/Your-Council/Strategies-plans-and-policies/Equality-diversity-and-cohesion/Strategic-Equality-Plan-and-Policies/Documents/Equality%20Inclusion%20Strategy%202020%202024.pdf> [Zugriff: 22.1.2023].

- Cardiff Council (2022): Management Chart as of January 2022.
<https://foi.cardiff.gov.uk/ENG/FOI/FOI17265/FOI17265%20Response%20-%20Attachment%201.pdf> [Zugriff: 22.1.2023].
- Cardiff & Vale Regional Partnership Board (2022): Cardiff and the Vale of Glamorgan Population Needs Assessment 2022. <https://cvihsc.co.uk/about/what-we-do/population-needs-assessment/> [Zugriff: 22.1.2023].
- Children Act 1989 c. 41, UK Public General Act
<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1989/41/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- Clements, Laura (2020): Welsh Government formally calls on UK Government stop using Penally camp for asylum seekers <https://www.walesonline.co.uk/news/wales-news/welsh-government-formally-calls-uk-19113953> [Zugriff: 22.1.2023].
- DeVerteuil, Geoffrey (2017): Post-welfare city at the margins: Immigrant precarity and the mediating third sector in London. In: Urban Geography 38, 10, S. 1517–1533.
- Drinkwater, Chris/Wildman, Josephine/Moffatt, Suzanne (2019): Social prescribing. In: British Medical Journal, 364: 11285. DOI: <https://doi.org/10.1136/bmj.11285>.
- Education Act 1996 c. 56, UK Public General Act. Section 509.
<http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1996/56/section/509> [Zugriff: 22.1.2023].
- Evans, Gareth (2022): Back to the future? Reflections on three phases of education policy reform in Wales and their implications for teachers. In: Journal of Educational Change 23, 3, S. 371-396. <https://doi.org/10.1007/s10833-021-09422-6>.
- Farmer, Natalia (2021): ‘I Never Felt like an Illegal Immigrant Until Social Work Turned up at the Hospital’: No Recourse to Public Funds as Necropolitical Exception. In: The British Journal of Social Work, 51, 8, S. 3301-3318.
- Fitzpatrick, Suzanne/Mackie, Pete/Pawson, Hal/Watts, Bett/Wood, Jenny (2021): The COVID-19 crisis response to homelessness in Great Britain. UK Collaborative Centre for Housing Evidence. <https://housingevidence.ac.uk/publications/the-covid-19-crisis-response-to-homelessness-in-great-britain/> [Zugriff: 22.1.2023].
- Health Protection (Part 2A Orders) Regulations 2010 No. 658. UK Statutory Instrument.
<https://www.legislation.gov.uk/uksi/2010/658/made> [Zugriff: 22.1.2023].
- Home Office (2022a): Asylum and Resettlement - Resettlement by Local Authority
<https://www.gov.uk/government/statistical-data-sets/asylum-and-resettlement-datasets> [Zugriff: 22.1.2023].
- Home Office (2022b): Asylum and resettlement summary tables.
<https://www.gov.uk/government/statistics/immigration-statistics-year-ending-march-2022/list-of-tables> [Zugriff: 22.1.2023].
- Home Office (2022c): Suitability: debt to the NHS caseworker guidance.
<https://www.gov.uk/government/publications/suitability-debt-to-the-nhs-caseworker-guidance> [Zugriff: 22.1.2023].
- Housing (Wales) Act 2014 anaw 7, Act of the National Assembly for Wales.
<https://www.legislation.gov.uk/anaw/2014/7/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- Hubbard, Anne/Payton, Joanne/Robinson, Aamanda (2013): Uncharted territory: Violence against migrant, refugee and asylum-seeking women in Wales. Wales Migration Partnership. <https://orca.cardiff.ac.uk/id/eprint/64055/> [Zugriff: 22.1.2023].

- Immigration Act 1971 c. 1, UK Public General Acts.
<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1971/77/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- Immigration Act 2014 c. 22, UK Public General Act.
<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2014/22/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- Immigration and Asylum Act 1999, c. 33, UK Public General Act
<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1999/33/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- James, Julie (2020): Guidance for Local Authorities in Supporting People Sleeping Rough
https://gov.wales/sites/default/files/publications/2020-04/guidance-for-local-authorities-in-supporting-people-sleeping-rough-covid-19_0.pdf [Zugriff: 22.1.2023].
- Jeffery, Charlie (2010): Devolution: Auflösung des Vereinigten Königreichs? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32333/devolution-aufloesung-des-vereinigten-koenigreichs/> Zugriff 24.02.2023].
- Jolly, Andy (2019): From the Windrush generation to the ‘Air Jamaica generation’: Local authority support for families with no recourse to public funds. In: Social Policy Review, 31, S. 129-150.
- Jolly, Andy/Singh, Jasber/Lobo, Sunila (2022): No recourse to public funds: A qualitative evidence synthesis. In: International Journal of Migration, Health and Social Care 18, 1, S. 107-123. <https://doi.org/10.1108/IJMHS-11-2021-0107>.
- Khanom, Ashrafunessa/Alanazy, Wdad/Ellis, Lauren/Evans, Bridie Angela/Fagan, Lucy/Glendenning, Alex/Jones, Matthew/John, Ann/Khan, Talha/Kingston, Mark Rhys/Manning, Cathrin/Moyo, Sam/Porter, Alison/Rhydderch, Melody/Richardson, Gill/Rungua, Grace/Russell, Daphne/Russell, Ian/Scott, Rebecca/Stielke, Anna/Williams, Victoria/Snooks, Helen (2019): The Health Experiences of Asylum Seekers and Refugees in Wales: Technical Report of the HEAR Study.
<https://phwwhocc.co.uk/ih/wp-content/uploads/2020/07/PHW-Swansea-HEAR-technical-report-FINAL.pdf> [Zugriff: 22.1.2023].
- Mallet-Garcia, Marie/Bastick, Zach/Spencer, Sarah (2022a): Responses to Migrants with Precarious Status in Cardiff: Frames, Strategies and Evolving Practices. COMPAS, University of Oxford. <https://www.compas.ox.ac.uk/project/loremi/loremi-responses-to-migrants-with-precarious-status-in-cardiff-frames-strategies-and-evolving-practices> (archiviert unter: <https://perma.cc/T5D5-8YQA>) [Zugriff: 22.1.2023].
- Mallet-Garcia, Marie/Bastick, Zach/Spencer, Sarah (2022b): Zusammenfassung: Antworten auf Migrant:innen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Cardiff: Rahmen, Strategien und innovative Praktiken. COMPAS, University of Oxford.
<https://www.compas.ox.ac.uk/project/loremi/loremi-zusammenfassung-antworten-auf-migrantinnen-mit-prekarem-aufenthaltsstatus-in-cardiff-rahmen-strategien-und-innovative-praktiken> (archiviert unter: <https://perma.cc/6BFD-QMKK>) [Zugriff: 22.1.2023].
- Muggeridge, Helen/Maman, Jen (2011): Best Practice Guide: For community organisations working with sanctuary-seeking women in Wales. Cardiff: Oxfam. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/best-practice-guide-for-community-organisations-working-with-sanctuary-seeking-197790/> [Zugriff: 22.1.2023].

- Nationality, Immigration and Asylum Act 2002 c. 41, UK Public General Act.
<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2002/41/schedule/3> [Zugriff: 22.1.2023].
- National Health Service (Charges to Overseas Visitors) Regulations 1989 No. 306 UK Statutory Instrument. <https://www.legislation.gov.uk/uksi/1989/306/made> [Zugriff: 22.1.2023].
- Petch, Heather/Stirling, Tamsin (2020): Providing Accommodation for Refused Asylum Seekers in Wales: A feasibility study commissioned by the Welsh Government. Welsh Government. <https://gov.wales/accommodation-refused-asylum-seekers-feasibility-study> [Zugriff: 22.1.2023].
- Pinter, Ilona/Compton, Scott/Parhar, Rupinder/Majid, Husna (2020): A Lifeline for All Children and Families with No Recourse to Public Funds. The Children's Society. <https://www.childrenssociety.org.uk/information/professionals/resources/lifeline-for-all> [Zugriff: 22.1.2023].
- Price, Jonathan (2016): Migrant care leavers: Duties of Welsh local authorities under the Social Services and Well-being (Wales) Act 2014. COMPAS, University of Oxford. <https://www.compas.ox.ac.uk/2016/migrant-care-leavers-duties-of-welsh-local-authorities-under-the-social-services-and-well-being-wales-act-2014/> [Zugriff: 22.1.2023].
- Rights of Children and Young Persons (Wales) Measure 2011 nawm 2, Measure of the National Assembly for Wales. <https://www.legislation.gov.uk/mwa/2011/2/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- Serious Crime Act 2015 c9, UK Public General Act.
<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2015/9/contents/enacted> [Zugriff: 22.1.2023].
- Social Services and Well-being (Wales) Act 2014 anaw 4, Act of the National Assembly for Wales. <https://www.legislation.gov.uk/anaw/2014/4/contents> [Zugriff: 22.1.2023].
- Spencer, Sarah/Sanders, Siân (2016): Developing a Strategic Approach to Integration in Wales: A practical resource for Local Authorities and their partners in Wales. COMPAS, University of Oxford. <https://www.compas.ox.ac.uk/2016/developing-a-strategic-approach-integration-wales> [Zugriff: 22.1.2023].
- Sumption, Madeleine/Walsh, Peter (2022): EU migration to and from the UK. Briefing Paper: Migration Observatory, University of Oxford.
<https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/eu-migration-to-and-from-the-uk/> [Zugriff: 22.1.2023].
- Thomas, Claire/Moran, Sarah (2021): Wales and the UK's changing immigration system. Senedd Research, Welsh Parliament. <https://research.senedd.wales/research-articles/wales-and-the-uk-s-changing-immigration-system/> [Zugriff: 22.1.2023].
- Trevena, Frances/Maclachlan, Stewart (2016): Migrants' Entitlements to Education Services in Wales. https://wrc.wales/wp-content/uploads/2020/03/MSiW-Legal-and-Policy-Briefing-Migrant_Entitlement_Education.pdf [Zugriff: 22.1.2023].
- Walsh, Peter William/Sumption, Madeleine (2020): Recent estimates of the UK's irregular migrant population. The Migration Observatory, University of Oxford.
<https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/commentaries/recent-estimates-of-the-uks-irregular-migrant-population/> [Zugriff: 22.1.2023].

- Welsh Government (2009): Implementing the Overseas Visitors Hospital Charging Regulations - Guidance for Hospitals in Wales, page 26, section 6.22. <https://www.gov.wales/sites/default/files/publications/2019-05/implementing-the-overseas-visitors-hospital-charging-regulations.pdf> [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2018): Health and wellbeing provision for refugees and asylum seekers: Policy implementation guidance. S. 32–33. <https://gov.wales/health-and-wellbeing-refugees-and-asylum-seekers-guidance-health-boards>. [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2019): Nation of Sanctuary – Refugee and Asylum Seeker Plan. <https://gov.wales/refugee-and-asylum-seeker-plan-nation-sanctuary> [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2021a): Overseas Visitors’ Eligibility to Receive Free Primary Care. <https://gov.wales/overseas-visitors-eligibility-receive-free-primary-care-whc021026> [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2021b): Briefing: supporting unaccompanied asylum-seeking children in Wales. <https://gov.wales/briefing-supporting-unaccompanied-asylum-seeking-children-wales-html> [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2021c): Ending homelessness in Wales: A high level action plan – 2021-2026. <https://gov.wales/ending-homelessness-high-level-action-plan-2021-2026-html> [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2022a): Demography and migration in Wales (Census 2021). <https://www.gov.wales/demography-and-migration-wales-census-2021-html> [Zugriff: 15.12.2022].
- Welsh Government (2022b): Consultation: Post pandemic interim homelessness measures. <https://gov.wales/post-pandemic-interim-homelessness-measures-html> [Zugriff: 22.1.2023].
- Welsh Government (2022c): £25m to kick-start free school meals for all primary school children in Wales. <https://gov.wales/25m-kick-start-free-school-meals-all-primary-school-children-wales> [Zugriff: 22.1.2023].
- Williams, Jane/Eirug, Aled (Hrsg.) (2022): The Impact of Devolution in Wales: Social Democracy with a Welsh Stripe?. Cardiff: University of Wales Press.

Funding statement



Funded by the
European Union

Funded by the European Union. Views and opinions expressed are, however, those of the author only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Commission. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.